

Es zeigte sich, daß in einigen Fällen junge Genossen in Funktionen eingesetzt wurden, denen sie nicht gewachsen waren, weil man nicht berücksichtigt hatte, daß besonders die jungen Kader systematisch und planmäßig für die Übernahme einer Funktion vorbereitet werden müssen. Oftmals wurden auch Genossen, die aus verschiedenen Gründen ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden, in ihren Funktionen belassen, und man nahm erst dann eine Veränderung vor, als größere Fehler in der Arbeit auftraten.

Die Ursachen dafür liegen unter anderem darin, daß in einigen Bezirks- und Kreisleitungen die Kaderarbeit noch nicht im Mittelpunkt der politisch-organisatorischen Arbeit steht und die ressortmäßige Arbeit in Kaderfragen noch nicht restlos überwunden ist. Andererseits ist in vielen Büros der Kreisleitungen die kritische Auseinandersetzung und Erziehung der Kader an Hand der Arbeitsergebnisse noch zu schwach entwickelt.

Ein wichtiges Dokument für die Verbesserung der Kaderarbeit war die Richtlinie des Zentralkomitees über die Arbeit mit den Nomenklaturkadern. Auf ihrer Grundlage wurden die Verletzungen des demokratischen Zentralismus in Kaderfragen weitgehend überwunden. Alle Bezirksleitungen und viele Kreisleitungen haben für ihre Mitarbeiter Qualifizierungspläne beschlossen und mit deren Durchführung begonnen.

8. Die Mitgliederbewegung seit dem V. Parteitag bis zum 31. Dezember 1961

Seit dem V. Parteitag hat sich die Partei noch enger mit den werktätigen Massen verbunden.

356 200 Werktätige wurden seit dem V. Parteitag als Kandidaten in die Partei aufgenommen. Dadurch hat die Partei ihren Mitgliederbestand um 8,6 Prozent erhöht und zählt jetzt 1 610 679 Mitglieder und Kandidaten.

Einen großen Aufschwung in der Aufnahme von Kandidaten gab es bei besonderen Höhepunkten im politischen Leben, wie zum Beispiel nach dem 10. Jahrestag der Republik, dem 15. Jahrestag der Partei, nach dem Umtausch der Parteidokumente und vor allem nach der Durchführung der Maßnahmen vom 13. August 1961.

Nach dem 13. August 1961 stellten über 35 000 Werktätige, vor allem junge Arbeiterinnen und Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Angehörige der bewaffneten Kräfte, den Antrag um Aufnahme in die Partei.